

**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**– Verein für Socialpolitik –**

Vorsitzender: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach,  
                  HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg

Stellvertr.  
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Dr. h.c. Dieter Schneider,  
                  Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Otmar Issing, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Geschäftsführer: Dr. Otto G. Mayer,  
                  HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg

Geschäftsstelle: c/o HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung,  
                  Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg, Tel. (040) 35 62 308

**Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft**

**Dogmenhistorischer Ausschuß**

An der 15. Tagung des Ausschusses vom 11. bis 13. April 1994 in Weimar nahmen 23 Mitglieder und 5 Gastreferenten teil. Die Tagung fand in Räumen des Goethe- bzw. Schiller-Museums statt, die der Präsident der Stiftung Weimarer Klassik, Herr *Bernd Kauffmann*, dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hatte. Der Präsident der Landeszentralbank im Freistaat Sachsen und in Thüringen, Herr *Prof. Dr. Olaf Sievert*, unterstützte großzügig die Gestaltung des Rahmenprogrammes, in dessen Verlauf u.a. die Wohnhäuser von Goethe und Schiller, das Wittumspalais, die Anna-Amalia-Bibliothek sowie das Nietzsche-Archiv besichtigt wurden.

Den wissenschaftlichen Teil der Tagung eröffnete Herr *Prof. Dr. Dr. h.c. Jürg Niehans* (Moraga, USA) mit einem Vortrag über „Revolution und Evolution in der Wirtschaftstheorie“. Er stellte zunächst das „revolutionäre Modell“ dar, „das von Karl Marx für die politische Geschichte entwickelt, später von *Clement Juglar* und *Joseph Schumpeter* auf die Wirtschaft angewendet und schließlich von *Thomas Kuhn* auf die Wissenschaftsgeschichte übertragen worden ist“. Danach prüfte Niehans „vier dogmenhistorische Episoden“ – das Erscheinen von *Adam Smiths Wealth of Nations*, den „Siegesszug des Marginalismus“, die „Neuerung“ infolge der Theorie der monopolistischen bzw. unvollkommenen Konkurrenz und die „keynesianische Revolution“ – auf ihre Übereinstimmung mit diesem Modell. „Dabei zeigt sich, daß revolutionäre Elemente eine geringere Rolle spielen, als vielfach angenommen wird ...“ Der Referent entwickelte demgegenüber ein „evolutionäres Modell des wirtschaftstheoretischen Fortschritts“, demzufolge „die Wissenschaft nicht in einem Zweitakt von Systole und Diastole (oder einem hegelischen Dreitakt von These, Antithese und Synthese) fortschreitet, sondern unter dem anhaltenden Druck beständiger, relativ kleiner, unregelmäßiger und kumula-

tiver Impulse“. Kontrovers wurde vor allem darüber diskutiert, ob die Revolutionsmodelle von Marx und Kuhn wirklich „isomorph“ sind und ob die sog. marginalistische sowie die sog. keynesianische Revolution Paradigmenwechsel darstellen. Im Hinblick auf den vermeintlich „revolutionären“ Gehalt des *Wealth of Nations* interessierte besonders die Frage nach der Herkunft des Konzeptes der „unsichtbaren Hand“ und seiner möglichen Verknüpfung mit der scholastischen Lehre vom „gerechten Preis“. Einige Diskutanten erhoben ferner Bedenken gegen die Vorstellung des Referenten, die Wirtschaftswissenschaft sei eine „offene Wissenschaft“, in der die „Suche nach Wahrheit“ die entscheidende Triebfeder eines kumulativen wissenschaftlichen Fortschrittes sei. Vielmehr gäbe es ebenso einen – manchmal sogar „schmutzigen“ – Verdrängungswettbewerb, der u.a. von „Profilierungssucht“ und „inquisitorischen Praktiken“ geprägt sei. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, ob der Referent zu anderen Ergebnissen gelangt wäre, wenn er nicht nur die ökonomische Theorie im Blick gehabt, sondern auch wirtschaftspolitische Konzeptionen sowie die empirische Wirtschaftsforschung in die Betrachtung einbezogen hätte.

Herr Prof. Dr. Yuichi Shionoya (Tokyo, Japan) sprach zum Thema „Getting back Max Weber from Sociology to Economics“. Er versuchte zu zeigen, daß Webers Soziologie einerseits die gleichen methodologischen Grundlagen wie die neoklassische Wirtschaftstheorie aufweist und andererseits wegen ihrer institutionalistischen Ausrichtung noch heute bei der Lösung aktueller Wirtschaftsprobleme von besonderem Nutzen sein kann: „In order to rescue the historical sciences from the encroachments of metaphysics Weber fought at two fronts: he tried to replace organicism or holism with methodological individualism, on the one hand, and to replace scientific realism with instrumentalism, on the other.“ Die von Weber dabei vertretenen Konzepte des „Verstehens“ und des „Idealtypus“ unterschieden sich nicht prinzipiell von der in der herrschenden (neoklassischen) Ökonomik gebräuchlichen Methodologie des Individualismus, Subjektivismus und Instrumentalismus. Und die neoklassisch geprägte neue Institutionenökonomik „needs reexamination in light of Weber's sociology of institution“, wenn sie bestimmte Erklärungslücken schließen will. Zentrale Aspekte des Referates blieben in der anschließenden Diskussion umstritten – so vor allem die wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung des Werturteilsstreites, Webers Methodologie in ihrem Verhältnis zur Österreichischen Schule (insbesondere Menger und Mises), seine instrumentalistische Position, auch im Vergleich mit entsprechenden Ideen Schumpeters, sowie das vom Referenten entworfene (Gegen-)Bild der neoklassischen Gleichgewichtsökonomik. Viel Diskussionsstoff lieferte die Frage, warum die moderne Wirtschaftswissenschaft kaum noch von Max Weber Notiz nehme. Es wurde in diesem Zusammenhang u.a. darauf verwiesen, daß die von Weber auch für die Ökonomik reklamierte „Sinnadäquanz“ keinen rechten Platz in der reinen, auf „Kausaladäquanz“ fixierten Wirtschaftstheorie finde. Webers Ökonomik sei zudem viel breiter angelegt, schliesse die Erklärung „nicht-ökonomischer Faktoren“ ein und intendiere – wie die jüngere Historische Schule – die „Einheit der Sozialwissenschaften“.

Herr Prof. Dr. Hans G. Nutzinger (Kassel) referierte über das Thema „Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Versuch einer Integration der Sozialwissenschaften“. Nach der Skizzierung wichtiger Stationen im Leben Webers beleuchtete der Referent – sowohl unter allgemein theoriegeschichtlichen als auch unter speziell lebensgeschichtlichen Aspekten – Webers ökonomisches Erstlings- und Hauptwerk *Über den Standort der Industrien* (1909). Er betonte besonders, daß dieses „nationalökonomische Meisterstück“ Webers

zugleich schon den „Abschied von seiner Spezialdisziplin“ bedeutete, denn Weber, der sich zwar weiterhin – vornehmlich in „praktisch-wirtschaftspolitischer Absicht“ – für standorttheoretische Fragestellungen interessierte, entfernte sich durch „seine innere Entwicklung“ immer weiter von der Wirtschaftswissenschaft. Statt dessen traten kultursoziologische, kulturhistorische und lebensphilosophische Fragen in den Vordergrund seines Denkens. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht bleibe es eine „schwer zu entscheidende Frage, ob sich Alfred Webers umfassende Kultursoziologie nicht wenigstens als Ausgangspunkt einer Integration von Geschichtswissenschaft, Soziologie und Politischer Wissenschaft eignet“. Verschiedenen Diskussionsrindern ging es darum, das Spezifische an Webers Standortlehre auf den Punkt zu bringen, die zeitgenössische Kritik daran (z.B. von Bortkiewicz) in das Urteil einzubeziehen und Webers Ansatz mit anderen einschlägigen Beiträgen aus jener Zeit (etwa dem von Marshall) zu vergleichen. Es wurde ferner darüber debattiert, inwiefern Webers Vision von der Erziehung zum „dritten Menschen“ – zum „Tatmenschen“ im Sinne von Bergson und Keyserling – mit emanzipatorischen Vorstellungen vom „Ökonomen als Erzieher“ harmoniert, die u.a. von Marshall, Eucken und Röpke zum Teil zeitgleich vertreten worden sind. Es schloß sich die Frage an, wie Weber in seinen Arbeiten nach 1945 den Nationalsozialismus „verarbeitet“ habe. Schließlich wurden Webers kritische Haltung zum Ordoliberalismus, seine Einstellung zur Marktwirtschaft, in der er vorwiegend ein Instrument der Machtdezentralisierung sah, sowie seine gesellschaftspolitische Position in der (Privat-)Eigentumsfrage besprochen.

Herr PD Dr. Volker Caspari (Frankfurt am Main) hielt einen Vortrag über „Alfred Marshalls ‚Industry and Trade‘ zwischen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie“. Er zeichnete zunächst kurz die Entstehungsgeschichte dieses Werkes nach, das „eine evolutionäre Perspektive“ einnehme, die den „sich wandelnden Formen des Wirtschaftens“ gelte. Es fand bei seinem Erscheinen bei weitem nicht die große Resonanz wie zuvor Marshalls *Principles*. Während „die meisten angloamerikanischen Rezensenten theoretische Defizite bemerken wollen“, erscheint „deutschen Rezensenten die analysierende Geschichtsdarstellung bemerkenswert“. Vor dem Hintergrund dieser zeitgenössischen Bewertungen analysierte Caspari zuerst allgemein Marshalls methodologische Position, die von dem Erkenntnisziel geleitet gewesen sei, die wirtschaftliche Entwicklung zu erklären. Er widmete sich sodann speziell dem Verhältnis von Theorie und Geschichte in *Industry and Trade*. Anhand von Marshalls Analyse monopolistischer Tendenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung der vier Industrienationen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und USA konnte der Referent zeigen, daß das Buch „theoretische Elemente“ enthält (u.a. Ansätze zur Theorie der Produktdifferenzierung, der Preisdiskriminierung und der angreifbaren Märkte), die sich wie „ein roter Faden“ durch das Werk zögen, was den Zeitgenossen wohl aber weitgehend verborgen geblieben sei. Die meisten Diskussionsbeiträge galten dem Status des Buches aus damaliger wie heutiger Sicht. Die Meinungen waren geteilt darüber, ob Marshall mit *Industry and Trade* versucht habe, seine *Principles* (beispielsweise die Konzepte der repräsentativen Unternehmung, der Partialanalyse oder der Quasirente) konsequent auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung anzuwenden, inwiefern die Schlußfolgerungen des Buches, als es 1919/20 erschien, nicht bereits durch die ökonomischen und sozialen Folgen des Ersten Weltkrieges überholt waren, und ob es dazu beigetragen habe, die Industrieökonomik als eine eigenständige Forschungsrichtung zu begründen. Es wurde kritisiert, daß das Werk nicht auf originären empirischen Erhebungen basiere und außenwirtschaftliche Aspekte vernachlässige. Nach Auffassung einiger Diskutanten muß das Buch in engem Zusammenhang mit Marshalls emanzipatorischen Visionen gesehen

werden, die zum Teil durch deutsche Vorbilder geprägt worden seien (Hegel, Humboldt, Historische Schule): Auch *Industry and Trade* sollte vornehmlich der (ökonomischen) „Erziehung des englischen Volkes dienen“. Zudem dürfe Marshalls Entwurf und Durchsetzung eines selbständigen Studienganges *Economics* nicht als Option für eine rein marginaltheoretische und damit als Absage an eine historisch ausgerichtete Wirtschaftslehre mißverstanden werden.

Herr Prof. Dr. Harald Hagemann (Stuttgart-Hohenheim) ging in seinem Referat zum Thema „Von der Konjunktur- zur Wachstumstheorie: Kontinuität und Evolution im Forschungsprogramm Adolph Löwes“ von dessen Alterswerk aus. In *On Economic Knowledge* (1965) habe er „die wesenhafte Instabilität der Marktprozesse in modernen Industriegesellschaften“ untersucht, die der Wirtschaftspolitik das Dilemma beschere, „daß die Instabilität des Mikroverhaltens einerseits staatliche Stabilisierungsmaßnahmen erfordere, diese Eingriffe andererseits aber nur bei stabilen sozialen Verhaltensregeln mit Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden könnten“. Um diesem Problem beizukommen, „entwickelt Löwe seine spezifische Methode, die Instrumentalanalyse, die untersucht, unter welchen Bedingungen der Erfolg wirtschaftspolitischer Maßnahmen prognostizierbar ist“. In *The Path of Economic Growth* (1976) habe er diese Analyse auf das Wachstumsproblem anzuwenden versucht. Im Mittelpunkt stehe dabei die „Traversen-Problematik, d.h. das Studium der Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine Volkswirtschaft nach Änderung einer der exogenen Wachstumsdeterminanten ... in möglichst kurzer Zeit und mit minimalen Opfern auf einen Pfad gleichgewichtigen Wachstums zurückfindet“. Freilich habe Löwe „kein geschlossenes Theoriegebäude“ dafür geschaffen, seine Analyse sei vielmehr durch eine „stellenweise eklektizistische Vorgehensweise geprägt“. In der nachfolgenden Diskussion gingen die Meinungen darüber auseinander, wie der Ansatz Löwes, der in Haberlers profundem Literaturbericht *Prosperität und Depression* (1937) unerwähnt blieb, dogmengeschichtlich einzuordnen ist und inwieweit Löwes Überlegungen auf der Höhe der damaligen konjunktur- und wachstumstheoretischen Diskussion waren. Als Vergleichsmaßstäbe könnten u.a. Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Hayeks monetäre Überinvestitionstheorie und Leontiefs Input-Output-Analyse dienen. Im einzelnen interessierte den Ausschuß, ob Löwes Analyse (letztlich doch) der Gleichgewichtstheorie zuzurechnen sei oder ob sie bereits Ungleichgewichtsansätze enthalte, ferner ob sein Modell tatsächlich die technologische und nicht bloß die friktionelle Arbeitslosigkeit zu erklären vermöge, und schließlich welche Rolle die Instrumentalanalyse in seinem Werk spiele bzw. in welchen Anwendungsfällen sie der (reinen) „Modellschreinerei“ überlegen sei.

In der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, die Referate der Weimarer Tagung als Band XV der „Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie“ durch den Vorsitzenden herausgeben zu lassen. Der Ausschuß kooptierte die Herren PD Dr. Volker Caspari (Frankfurt am Main), Prof. Dr. Harald Hagemann (Stuttgart-Hohenheim) und Prof. Dr. Hans G. Nutzinger (Kassel). In geheimer Abstimmung wählten die anwesenden Mitglieder Herrn Prof. Dr. Erich W. Streißler (Wien) ab 1.11.1994 für die Dauer von zwei Jahren zum Vorsitzenden des Ausschusses. Die nächste Tagung soll am 6. und 7. April 1995 in Salzburg stattfinden und wird sich mit wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen im 19. und 20. Jahrhundert und deren praktischer Umsetzung insbesondere in Deutschland befassen.

Prof. Dr. Heinz Rieter, Hamburg

### Tagung des Theoretischen Ausschusses

Die Tagung des Ausschusses für Wirtschaftstheorie fand 1994 vom 5. bis 7. Mai in Königsfeld im Schwarzwald statt. Folgende Vorträge wurden gehalten:

*Werner Hildenbrand*, Bonn, Zur Theorie und Empirie der Marktnachfrage

*Axel Börsch-Supan*, Mannheim, Investitionsverhalten und vorausschauende Rationalität

*Martin Weber*, Mannheim, Experimentelle Untersuchungen von Entscheidungsverhalten bei Ambiguität

*Winand Emons*, Bern, „Credence Goods“ und betrügerische Experten

*Gerhard Illing*, Bamberg, Staatsverschuldung und die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in einer Währungsunion

*Urs Schweizer*, Bonn, Endogene Fertilität und das Henry-George-Theorem

Ferner fand am 6. Mai abends unter der Überschrift „Was machen wir in der Makroökonomie?“ ein Kaminesgespräch über die Entwicklung von makroökonomischer Theorie und Politik statt.

Zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für die Jahre 1995 - 1996 wurde *Prof. Egbert Dierker*, Wien, gewählt.

Prof. Martin Hellwig Ph.D., Basel

### Finanzwissenschaftlicher Ausschuß

Der Ausschuß für Finanzwissenschaft hat seine 37. Tagung vom 25. bis 27. Mai 1994 in Wien abgehalten. Die Referate beschäftigten sich, wie in den beiden Vorjahren, mit „Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit“. Die überarbeiteten und ergänzten Beiträge der Tagungen der beiden Vorjahre sind als Teil I (Staatsverschuldung, EG-Regionalfonds, Treuhandanstalt) und II (Aufbau und Finanzierung der sozialen Sicherung) inzwischen in den Schriften des Vereins für Socialpolitik erschienen.

In diesem Jahr ging es um eine Auseinandersetzung mit den Problemen des Ausbaus der Infrastruktur und des kommunalen Finanzausgleichs in den neuen Bundesländern. Die drei Referate werden in Kürze als Band III publiziert. Das Gesamthema soll im nächsten Jahr durch eine Auseinandersetzung mit den speziellen Problemen der staatlichen Verschuldungsfonds und der Hermes-Bürgschaften abgeschlossen werden.

Die Bedeutung der Infrastruktur für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß wird meist nicht problematisiert. Ein großer Teil der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen basiert auf der impliziten Voraussetzung, daß die Versorgung mit staatlichen Infrastrukturleistungen vorhanden und gesichert ist. Die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses in den osteuropäischen Ländern haben deutlich gemacht, daß dies keineswegs immer der Fall ist. Die sozialistischen Länder hatten einen starken Raubbau beim Infrastrukturkapital betrieben. Es wird Jahrzehnte dauern, bis das dadurch entstandene Defizit ausgeglichen ist.

An dieser Problemlage setzten die drei Referate der Wiener Tagung an. *Günter Hedtkamp* beschäftigte sich mit „Bedeutung der Infrastruktur in mikroökonomischer Sicht“. Nach einer Erklärung dessen, was – in sehr unterschiedlicher Abgrenzung – als Infrastruktur bezeichnet werden kann, entwickelte er wesentliche Elemente einer Theorie der Infrastruktur und deren Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, den Transformationsprozeß in Ostdeutschland, und den übrigen osteuropäischen Staaten. Für die neuen Bundesländer stellt er zudem eine Schätzung über den Umfang des Infrastrukturbedarfs zusammen.

Die Ausführungen von *Wilhelm Pfähler*, *Ulrich Lehmann-Grube* und *Ulrich Hofmann* standen unter dem Thema „Infrastruktur und Regionalentwicklung aus mikroökonomischer Sicht – eine kritische Bestandsaufnahme und Fallstudien“. Die Autoren entwickeln die Grundzüge einer unternehmensbezogenen Infrastrukturtheorie. Es wird gezeigt, welche Effekte relevant sind, wie sie gemessen werden können und welches Optimum erstrebenswert ist. Fallstudien untermauern die theoretischen Überlegungen.

Die Durchführung der Infrastrukturinvestitionen obliegt überwiegend den Gemeinden, auf die in der Vergangenheit rund 60 % der staatlichen Realinvestitionen entfielen. Die Finanzierung dieser Investitionen muß durch eine entsprechende Gestaltung des (kommunalen) Finanzausgleichs abgesichert werden. Wie dieser nach der Wiedervereinigung geregelt war und welche Neugestaltung ab 1995 vorgesehen ist, war das Thema des Referates von *Peter Bohley*.

Prof. Dr. Alois Oberhauser, Freiburg

### **Ausschuß für Entwicklungsländer**

Der Ausschuß tagte vom 2. - 4. Juni 1994 im Institut für Entwicklungsforschung der Ruhr-Universität Bochum. Das Tagungsthema lautete „Ernährungssicherung, soziale Sicherung, Ausbildung und Bevölkerungsentwicklung in Entwicklungsländern“.

Das Eröffnungsreferat von *Winfried v. Urff* (Technische Universität München) behandelte Grundfragen der Welternährung und deren Beziehung zum Bevölkerungsproblem in Entwicklungsländern. „Ist Malthus wirklich überwunden?“ lautete die Ausgangsfrage. Bei einer strengen Orientierung an der Malthus'schen Bevölkerungstheorie ist diese Frage offensichtlich zu bejahen. Denn durch die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln wird in vielen Weltregionen heute keine Grenze mehr für die Bevölkerungsentwicklung gezogen. Schon die bürokratisch verordneten Flächenstilllegungen in den USA und Europa belegen dies exemplarisch. Fragen der Welternährung und der Nahrungsmittelversorgung in Entwicklungsländern erscheinen damit auf ein Verteilungsproblem reduziert und das Ernährungsproblem ist – anders als in der Malthus'schen Betrachtungsweise – somit ein Devisen- bzw. Kaufkraftproblem der Entwicklungsländer. Es ist allerdings, wie v. Urff darstellt, nicht zu erkennen, wie ein ausreichender Nahrungsmitteltransfer in die kaufkraftschwachen und devisenarmen Mangelgebiete überhaupt unter ökonomischen Bedingungen zustandekommen kann. Befinden sich diese Gebiete in einer Malthus'schen Falle? Auch diese Frage kann weitgehend verneint werden. Technisch sind, wie die Erfahrung mit Hohertragsorten in vielen Ländern lehrt, erhebliche Steigerungen der pro Kopf Nahrungsmittelproduktion auch bei raschem Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern mög-

lich. An Afrika ist allerdings die Ausbreitung neuer Hohertragssorten weitgehend vorbeigegangen, hier entwickelt sich die Nahrungsmittelproduktion bei weiterhin hohem Bevölkerungswachstum unzureichend. Obwohl die Schätzungen internationaler Organisationen über die künftigen Produktionsmöglichkeiten bei globaler oder kontinentaler Sichtweise nicht unbedingt zu allgemeinem Pessimismus Anlaß geben, besteht kein vernünftiger Zweifel daran, daß mehr und mehr Staaten (Ruanda und Burundi sind krasse Beispiele) insbesondere in Schwarzafrika an Malthus'sche Grenzen stoßen. Für die internationale Gemeinschaft stellt sich hinsichtlich dieser Länder die Alternative, entweder zuzusehen, wie große Teile der Bevölkerung der Mangelernährung zum Opfer fallen oder ihnen durch internationale Sozialhilfe das Überleben zu ermöglichen.

Frau *Kochendörfer-Lucius* (GTZ-Eschborn) stellte in ihrem spezifizierenden Korreferat insbesondere auf Verteilungsprobleme innerhalb der Entwicklungsländer als Ursache für Mangelernährung ab. Neben der Produktionssteigerung in den Problemregionen seien politische Interventionen zugunsten der von Mangelernährung betroffenen Bevölkerungsgruppen notwendig. Dabei könnten auch die Institutionen der Entwicklungshilfe eine Rolle übernehmen.

*Hans W. Jürgens* (Universität Kiel) befaßte sich mit Bevölkerungsdynamik in vorindustriellen Ländern. Sein Ausgangspunkt ist das Modell des demographischen Übergangs, das für Industriestaaten eine zutreffende stilisierte Beschreibung der tatsächlichen Bevölkerungsdynamik während der letzten 200 Jahre darstellt. Dieses Modell, so Jürgens, sei auch auf heutige Entwicklungsländer fast ausnahmslos übertragbar, wengleich es charakteristische Unterschiede gäbe. In diesem Modell, so Jürgens, ist nicht die Geburtenrate, sondern die Sterblichkeitsrate der wesentliche regulierende Faktor. Sie sinkt im Phasenverlauf des demographischen Übergangs ab. Die tatsächliche Höhe der Sterblichkeitsrate wiederum beeinflußt nach dieser Auffassung Werthaltungen und insgesamt die Einstellungen zu Frühsterblichkeit innerhalb einer Gesellschaft. Hohe Sterblichkeit begünstigt eine größere gesellschaftliche Akzeptanz der Sterblichkeit. Daher sei in Entwicklungsländern, die sich in einer anderen Phase des demographischen Übergangs befinden als die Industriestaaten, eine andere Einstellung zur Kindersterblichkeit und ganz allgemein zum Sterben beobachtbar. Es sei Wertemperialismus und verschärfe das Weltbevölkerungsproblem, wenn den Entwicklungsländern westliche Auffassungen im Rahmen bevölkerungspolitischer oder seuchenpolitischer Maßnahmen aufgezwungen werden, die eine Verminderung der Sterblichkeit bei möglicherweise gleichbleibender Fruchtbarkeit bewirkten. Hohe Sterblichkeit würde in Entwicklungsländern nicht in gleichem Maße als unertragbar angesehen, wie in Industriestaaten. Jürgens stellte auch das westliche, auf freier Entscheidung – auch über die Kinderzahl – beruhende Modell dem asiatischen gegenüber, das mehr durch staats- und gesellschaftspolitischen Holismus geprägt ist, in dem daher Bevölkerungspolitik, die auf verminderte Geburtenzahlen zielt, eher möglich sei. Insbesondere die Ausführungen über den Wertemperialismus waren, soweit damit Fragen eines universal gültigen Rechts auf Leben berührt sind, im Ausschuß nicht unstrittig. *D. Weis* (Freie Universität Berlin) brachte in seinem Kommentar diese Kritik mit den folgenden Worten zum Ausdruck: „Es liegt m.E. außerhalb der Spielräume westlicher Kultur und ihrer elementaren politischen Optionen, gegen ihre eigene zentrale Botschaft von der Möglichkeit der freien Entscheidung des Individuums zu verstoßen und auf soziale Reglementierungsmodelle ... zurückzugreifen, deren Überwindung Kern der europäischen Aufklärung war.“

*Ralph E. Ulrich* (Humboldt Universität Berlin) befaßte sich mit dem Zusammenhang von Fruchtbarkeitsrückgang und Familienplanung. Trotz der Bedeutung der

Theorien rationalen Bevölkerungsverhaltens könne keineswegs generell angenommen werden, die tatsächliche Kinderzahl sei von den Eltern gewollt. Zur Begründung führt Ulrich empirische Untersuchungen an, die einerseits die hohe Anzahl unerwünschter Kinder sowie andererseits den engen Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Kontrazeptiva und Kinderzahl klar belegen. Außerdem sinkt die Zahl der gewünschten Kinder im Zeitablauf deutlich stärker ab als die Zahl der tatsächlich geborenen Kinder. Daraus kann ein ungedeckter Bedarf an Familienplanungsleistungen abgeleitet werden, dessen Ermittlung wichtige Informationen für bevölkerungspolitische Maßnahmen ermöglicht. Dieser ungedeckte Bedarf liegt, so Ulrich, bei 15 - 30 % des Gesamtbedarfs – bei steigender Tendenz. Die Forderung des Aktionsprogramms der Weltbevölkerungskonferenz 1994 nach forcierten Bemühungen auf dem Gebiet der Familienplanung wird durch diese Überlegungen gestützt. In seinem Korreferat stellte *Rolf Schinke* (Universität Göttingen) einige Fragen aus wirtschaftstheoretischer Sicht, die diesen Optimismus hinsichtlich der Effektivität von Familienplanungsprogrammen teilweise infrage stellen.

Auch *Hans-Rimbert Hemmer* und *Frank Bohnet* (beide Universität Gießen) stellten die Frage nach Ansatzpunkten für die Konzipierung bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Sollte Bevölkerungspolitik vorrangig auf Familienplanung gerichtet sein oder anders – etwa bei der Armutsbekämpfung – ansetzen? Etwas mehr als ein Fünftel der in den Entwicklungsländern geborenen Kinder ist unerwünscht. So hoch ist folglich auch der maximale Bedarf an zuverlässigen Familienplanungsleistungen. Diese Zahl bestimmt daher die Obergrenze für erfolgreiche Familienplanungspolitik. Das Bevölkerungsproblem sei so nicht zu lösen. In Schwarzafrika mit seinen besonders gravierenden demographischen Problemen, würde selbst bei einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Kontrazeptiva die Wachstumsrate der Bevölkerung nur um etwa 15 % zurückgehen.

Daher muß erfolgreiche Bevölkerungspolitik – so Hemmer und Bohnet – an den Faktoren ansetzen, die den Wunsch nach Kindern beeinflussen, bei der Beseitigung von Armut und Lebensrisiken der Eltern und bei der Anhebung der sozialen Stellung der Frauen. Mit raschen Erfolgen ist hier allerdings schon wegen des langen demographischen Bremswegs nicht zu rechnen, denn die hohe Bevölkerungswachstumsrate in Entwicklungsländern ist auch dadurch bedingt, daß sich dort noch ein besonders hoher Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter befindet und nicht nur durch die Zahl der Kinder, die diese Frauen gebären.

In einem spezifizierenden Korreferat ging *Eberhard Scholing* (Universität Hamburg) der Frage nach der Höhe der Einkommenselastizität der Ernährung nach. Die Kenntnis dieser Größe vermittelt wichtige Informationen darüber, inwieweit sich mit steigendem Einkommen die Ernährungssituation verbessert. Scholing weist nach, daß Nahrungsmittel-elastizitäten schlechte Indikatoren für die Einkommensabhängigkeit der Nährstoffnachfrage sind. Sie überschätzen die Nachfragereaktion vermutlich um ein Mehrfaches. Tatsächlich reagiert die Nachfrage nach Nährstoffen auf Einkommensänderungen ausgesprochen unelastisch. Bei den Armutsgruppen sind daher wesentlich höhere Einkommenssteigerungen als bisher angenommen notwendig, um eine befriedigende Kalorien- und Nährstoffnachfrage zu erreichen.

*Werner Lachmann* (Universität Nürnberg) schlug vor, Entwicklungshilfe verstärkt als eine Art „Weltsozialpolitik“ durchzuführen. Ausgangspunkte sind für Lachmann dabei der Befund einer bis heute weitgehend unzureichenden sozialen Absicherung gegen Lebensrisiken in Entwicklungsländern, außerdem das Prinzip einer länderübergreifenden Solidarität und weitere Gesichtspunkte, die für eine

staatenübergreifende Verantwortlichkeit in diesem Bereich sprechen. Verbunden damit ist eine Kritik der bisherigen Entwicklungshilfepolitik. Es bieten sich internationale Aktivitäten auf den Gebieten des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Ernährungssicherung, der Familienpolitik, des Wohnungswesens, der Alters- und Unfallversicherung und des Arbeitsmarkts an. Lachmann schlägt vor, internationale Entwicklungspolitik institutionell in zwei voneinander unabhängigen Institutionen zu organisieren. Die eine solle für marktwirtschaftliche, effizienzorientierte, die andere für sozialorientierte Zielsetzungen zuständig sein. Sozialpolitische Einkommenstransfers sollten die Errichtung neuer sozialpolitischer Strukturen in Entwicklungsländern ermöglichen.

Das Korreferat von *Werner Hammel* (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a.M.) spart nicht an kritischen Bemerkungen zur bisherigen Entwicklungshilfe. Hammel hält es aber dennoch für problematisch, entsprechend den Vorstellungen Lachmanns die sehr begrenzten Mittel der Entwicklungshilfe weitgehend von investiven in konsumtive Verwendungsformen umzulenken. Außerdem sei es fraglich, ob eine Übertragung unserer sozialen Sicherungssysteme bei den oft gänzlich andersartigen soziokulturellen Bedingungen in Entwicklungsländern wünschenswert sei bzw. ob unsere Systeme an die dortigen Bedingungen angepaßt werden können.

In einem spezifizierenden Korreferat stellt *Alrich Nicolas* soziale Sicherungssysteme in Lateinamerika unter den Bedingungen der Importsubstitution vor. Die Binnenmarktorientierung und Abschottung der heimischen Industrie vom Weltmarkt ermöglichten zeitweise für die in diesen geschützten Sektoren Beschäftigten eine Sozialpolitik der „Maximierung des Abdeckungsgrades“. Nicolas schildert insbesondere auch die finanzwirtschaftlichen Bedingungen, die den Staaten ermöglichten, sich aus ihren sozialpolitischen Verpflichtungen hinauszuwenden und „von der Sozialversicherung zur Armutsverwaltung“ überzugehen.

Die wirtschaftswissenschaftliche Debatte zur Ernährungssicherung, Armut und sozialen Sicherheit in Entwicklungsländern weist Parallelen zur rechtswissenschaftlichen Diskussion über ein „Recht auf Nahrung“ auf. Der Staats- und Völkerrechtler *Meinhard Hilf* (Universität Hamburg) stellte die Entwicklung dieses Rechts in der nationalen und insbesondere internationalen Rechtsordnung dar. In Deutschland ist dieses Recht als Anspruch jeden Bürgers an den Staat auf Gewährung von Fürsorgeleistungen erst in der Bundesrepublik und zunächst nur über die Rechtsprechung, verwirklicht worden. Im Völkerrecht haben vergleichbare Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzt und in verschiedene Rechtsquellen Eingang gefunden. Allerdings läßt sich bis heute eine konkrete Völkerrechtsverpflichtung der Staatengemeinschaft zur Hilfe bei Mangelernährung rechtlich nicht ableiten. Dennoch geht – so Hilf – nicht nur von internationalen Resolutionen und Konventionen, sondern auch von der binnenstaatlichen Rechtsordnung wie dem im Grundgesetz verbürgten existenzsichernden Recht auf Nahrung eine Handlungsanleitung für die entsprechende Gestaltung der völkerrechtlichen Beziehungen aus. In seinem Korreferat behandelte *Jörn Altmann* (Fachhochschule für Wirtschaft Bochum) insbesondere Probleme, die sich ergeben könnten, wenn das bestehende „soft law“ eines Rechts auf Nahrung, das bisher weder konkrete Verpflichtungen der Staatengemeinschaft noch individuelle Rechtsansprüche umfaßt, in ein entitlement im Sinne des Property Rights Ansatzes weiterentwickelt würde. Kann ein solches Recht auch mit Gewaltanwendung der Staatengemeinschaft durchgesetzt werden? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die internationalen Beziehungen?

*Oskar Gans* (Universität Heidelberg) referierte über soziale Sicherung in Entwicklungsländern aus der Sicht positiver und normativer Ökonomik. Für Struktur und Umfang staatlicher sozialer Sicherungsmaßnahmen in Entwicklungsländern ist das Größenverhältnis von formellem zu informellem Sektor maßgeblich. Eine wirksame Redistributionspolitik ist zudem eher durch Maßnahmen erreichbar, die den direkten Zugang zu Ressourcen ermöglichen als über den klassischen Steuer-Transfer-Mechanismus. Dies gilt insbesondere in traditionellen Gesellschaften. Dort lassen sich außerdem bereits im Allokations- und Entlohnungsmechanismus starke Elemente finden, die Lebensrisiken vermindern. Intensiv befaßt sich Gans mit den wechselseitigen Vorzügen und Nachteilen des Kapitaldeckungsverfahrens im Verhältnis zum Umlageverfahren bei Sozialversicherungen. Das Kapitaldeckungsverfahren ist grundsätzlich effizient, das Umlageverfahren nur unter sehr spezifischen Voraussetzungen. Es können jedoch in Entwicklungsländern sowohl politikökonomische als auch Praktikabilitäts Gesichtspunkte für das Umlageverfahren angeführt werden. Dieses kann sich insbesondere dann als überlegen erweisen, wenn es möglich ist, Effizienz Nachteile gegenüber dem Kapitaldeckungsverfahren durch ergänzende Instrumente abzubauen.

*Vincenz Timmermann* und *Michael Graff* (beide Universität Hamburg) legten eine empirische Studie über Bildung als Bestimmungsfaktor wirtschaftlicher Entwicklung vor. Ihr Ausgangspunkt ist die Kontroverse um die entwicklungspolitische Bedeutung höherer Bildung. Viele Ökonomen halten Bildungsinvestitionen auf höchstem Niveau für arme Länder für überzogen und entsprechende Investitionen für Verschwendung. Sie bezweifeln, daß von ihnen eine wirksame Beschleunigung des technischen Fortschritts in diesen Ländern ausgehen kann. Die Timmermann/Graff'sche Untersuchung bezieht 15 verschiedene Bildungsindikatoren für 75 Entwicklungsländer ein, die zu verschiedenen Hauptkomponenten verdichtet werden. Zwei dieser verdichteten Bildungsindikatoren können als „elementare“ und „höhere“ Bildung interpretiert und für die weitere Wirkungsanalyse genutzt werden. Dabei zeigt sich – gerade auch in armen Ländern – ein klarer statistischer Zusammenhang zwischen dem Indikator „höhere Bildung“ und dem Entwicklungstempo. Der verbreitete Pessimismus in bezug auf die produktiven Wirkungen höherer Bildung in Entwicklungsländern findet in dieser Untersuchung keine Stütze. Ein weiteres Ergebnis der Studie belegt den erheblichen Einfluß des internationalen Technologietransfers für das Wachstum in Entwicklungsländern. Gerade für ärmere Länder spielt der indirekte Import von Wissen über private Direktinvestitionen, Maschinenimporte, sowie über den internationalen Erfahrungsaustausch eine wesentliche wachstumsfördernde Rolle. In einem spezifizierenden Korreferat befaßte sich *Karl Wolfgang Menck* (HWWA-Institut Hamburg) mit Bildung in Entwicklungsländern und stellte insbesondere auch Vergleiche zu den Industriestaaten an. Aus dem aufgeführten Zahlenmaterial wird deutlich, daß Staaten mit hohem Anteil der Bildungsausgaben am Staatsbudget wie Singapur, Malaysia, Namibia oder Kenia auch vergleichsweise günstige Entwicklungsbedingungen aufweisen.

Prof. Dr. Hans-Bernd Schäfer, Universität Hamburg

### Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Die Tagung des Ausschusses für Bevölkerungsökonomie fand vom 3. - 4.2.1995 in Hamburg statt. Sie wurde von keiner fest umrissenen Thematik bestimmt. Vielmehr gaben die Tagungsteilnehmer einen Überblick über Ergebnisse ihrer jüngeren Forschungstätigkeit.

Dr. *Christian Dustmann* (London) stellte eine Untersuchung zu „Intra-Household Transfers and the Part-Time Work of Children“ vor, die eine Gemeinschaftsarbeit des Referenten mit *John Micklewright* und *Najma Rajah* darstellt. Die Autoren entwickeln zunächst ein theoretisches Modell mit „altruistischen“ Eltern und einem „egoistischen“ Kind. Das Kind erhält Transferzahlungen von seinen Eltern, bietet zugleich aber auch Arbeit an. Das Modell dient als Rahmen für eine empirische Untersuchung, die ökonometrisch ein simultanes System geordneter Probit-Gleichungen unterstellt, das sowohl Interaktion der strukturellen Modellteile als auch Korrelation der Störterme zuläßt. Der verwendete Datensatz besteht aus sechzehnjährigen britischen Schulkindern. Ein Vergleich der Systemschätzung mit unabhängigen Schätzungen einzelner Systemgleichungen weist auf die Wichtigkeit einer simultanen Schätzung der Transfer- und der arbeitsangebotsentscheidung hin. Andernfalls ergeben sich erhebliche Verzerrungen der Koeffizienten. Partizipations- und Transferentscheidung beeinflussen einander stark.

*Christoph Schmidt* Ph.D. (München) befaßte sich in seinem Beitrag „Cohort Sizes and Unemployment: Lessons from Poland“ mit der Struktur der polnischen Arbeitslosigkeit. Schmidt relativierte die These von einem alarmierend hohen Anteil jugendlicher Arbeitsloser in Polen. Ein Vergleich mit Deutschland und Schweden zeigt, daß die polnische Bevölkerung relativ jung ist und deshalb hohe Jugendarbeitslosigkeit zu erwarten ist. Außerdem können auch Meßfehler zu einer Betonung der Jugendarbeitslosigkeit in den Statistiken führen. Unter Verwendung von Daten auf der Regionalebene polnischer Voivodschaften untersuchte Schmidt an einem stilisierten ökonomischen Modell auch die These, daß die schwache Position junger Arbeitnehmer als Kohorteneffekt auf deren relative Größe zurückzuführen sei. Für diese Behauptung findet Schmidt nur schwache Evidenz.

Prof. Dr. *Gert Wagner* (Bochum und DIW, Berlin) referierte gemeinsam mit Dr. *Felix Blüchel* (Berlin), der als Gast an der Sitzung des Ausschusses teilnahm, über eine „Analyse der sozioökonomischen und individuellen Determinanten der Bildungsbeteiligung“. Die Autoren untersuchen mit Hilfe eines ordinalen Probit-Modells auf Basis des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) den Einstieg vierzehnjähriger Schulkinder in die höhere Schulausbildung in den Jahren 1984 bis 1993. Ein wesentliches Ergebnis ist, daß auch Zuwanderer, die im Heimatland überdurchschnittliche Bildung erworben haben, ihre Kinder mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit auf eine Realschule oder Gymnasium schicken. Für Deutsche war dieser Sachverhalt schon lange bekannt.

PD Dr. *Bernd Raffelhüschen* (Kiel) trug ein Referat „Fiskalpolitik im vereinten Deutschland – droht zukünftigen Generationen der Leviathan?“ vor. Dabei präsentierte er Ergebnisse regional disaggregierter, intertemporaler Belastungsrechnungen für Gesamtdeutschland unter Verwendung des Generational Accounting. Demnach befindet sich die deutsche Fiskalpolitik nicht auf einem intergenerativ ausgewogenen Pfad. Die Nettozahlungen künftiger Generationen übersteigen die der heute geborenen Individuen um etwa 25 Prozent. Je länger die derzeitige Politik verfolgt wird, desto höher wird die Last der verbleibenden Generationen. Eine

Fortsetzung der ungleichgewichtigen Politik über weitere 20 Jahre impliziert eine bereits um 100 Prozent höhere Last zukünftiger Generationen.

Prof. *John Komlos*, Ph.D. (München) analysierte die Gültigkeit des malthusianischen Gesetzes im vorindustriellen Europa unter dem Titel „On Measuring Malthus“. Danach hat Malthus seine Theorien zu einem Zeitpunkt niedergeschrieben, als diese gerade ihre Gültigkeit verloren hatten. Seit Ende des 18. Jahrhunderts ist der zuvor bestehende Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Mortalitätsrate aufgehoben. Zum Beleg dieser These präsentierte Komlos Untersuchungen über Veränderungen der Körpergröße anhand von Rekruten, Gefängnisinsassen und Studenten. Die Körpergröße hängt laut Komlos vor allem vom Realeinkommen und den relativen Preisen der Nahrungsmittel ab.

Prof. *Michael Burda*, Ph.D. (Berlin) präsentierte ein Diskussionspapier zum Thema „The Impact of Active Labour Market Policies: A Closer Look at the Czech and Slovak Republics“, das er gemeinsam mit *Martina Lubyova* verfaßt hat. Die Autoren gehen der unterschiedlichen Entwicklung des tschechischen und des slowakischen Arbeitsmarktes seit der Spaltung in zwei souveräne Staaten nach. Herkömmliche Erklärungen wie unterschiedliche Reallohnentwicklung oder hoher Einfluß der Rüstungsindustrie in der Slowakei tragen demnach nur rund die Hälfte zur Differenz in der Arbeitslosigkeit bei. Eine Schätzung unter Verwendung eines Panels tschechischer und slowakischer Arbeitsmarktdaten läßt vermuten, daß die erhebliche Kürzung der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in der Slowakei im Jahr 1993 signifikant zum beobachteten Unterschied beigetragen hat.

Die Mitgliederversammlung beschloß, Prof. *Michael Burda*, Ph.D. (Berlin), Prof. *Axel Börsch-Supan*, Ph.D. (Mannheim), Dr. *Christian Dustmann* (London) und Prof. Dr. *Bernd Huber* (München) in den Ausschuß aufzunehmen. Die nächste Tagung wird auf Einladung von Prof. *Bengt-Arne Wickström*, Ph.D., vom 2. - 3. 2. 1996 an der Humboldt-Universität Berlin stattfinden.

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann, München

### **H. C. Recktenwald-Preis für Nationalökonomie Stiftung und erstmalige Verleihung an Edmond C. Malinvaud an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg**

Am 17. Dezember 1993 richtete Hertha Recktenwald an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eine großzügige Stiftung ein, die die Forschung auf dem Gebiet der Nationalökonomie durch einen Preis fördern soll, der alle zwei Jahre an einen ausgewiesenen Wissenschaftler vergeben wird. Mit der Zuwendung des Stiftungsvermögens folgte sie einem Anliegen ihres Mannes, des international angesehenen Nationalökonom *Horst Claus Recktenwald*, der am 28. April 1990 im Alter von 70 Jahren verstarb. Der Preis ist mit 50 000 DM dotiert und zählt damit zu den höchstdotierten Ehrungen für Forscher der Nationalökonomie.

Über die Vergabe des Preises entscheidet ein international besetztes Gutachtergremium auf der Grundlage von Vorschlägen ausgewählter renommierter Wissenschaftler. Nach der Satzung soll der Preis einen Forscher für seine herausragenden und richtungsweisenden Leistungen auf dem Felde der Nationalökonomie auszeichnen. Preiswürdig sind sowohl einzelne Beiträge von besonders großer

Ausstrahlung als auch die Gesamtheit der wissenschaftlichen Arbeiten des nominierten Wissenschaftlers. Das akademische Werk des Preisträgers sollte in der Tradition Recktenwalds nicht nur theoretische Beiträge zur Fortentwicklung der Nationalökonomie umfassen, sondern auch zur Lösung gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme beitragen. Die dogmenhistorischen Grundlagen des Faches sind dabei ebenso eingeschlossen wie die moderne Analyse von Markt und Staat mit ihrem Einfluß auf die Wohlfahrt der Gesellschaft.

Der Preis wird 1995 erstmals verliehen und dem französischen Professor Edmond C. Malinvaud für sein hochrangiges Lebenswerk zuerkannt. Malinvaud, geboren am 25. April 1923 in Limoges, studierte Mathematik, Statistik und Volkswirtschaftslehre in Paris. Es folgten Tätigkeiten als Statistiker (ab 1948), als Wirtschaftswissenschaftler bei den „Vereinten Nationen“ in Genf (ab 1957) und als Leiter der „Ecole Nationale de la Statistique et de l'Administration Economique“ in Paris. Daneben war er häufig als Gastprofessor und zu Forschungsaufenthalten in den USA, unter anderem bei der berühmten Cowles Commission in Chicago. 1967 wechselte er zum „Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques“ (INSEE), dessen Generaldirektor er von 1974 bis 1987 war. Seit 1988 lehrt und forscht er am „Collège de France“ in Paris.

Malinvaud hatte mehrere beratende Funktionen inne, in denen er die Geld- und Finanzpolitik Frankreichs mitgestalten konnte. Er gehört den wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Vereinigungen an und ist Ehrenmitglied der „American Economic Association“. Die hohe Anerkennung und Wertschätzung, die Malinvaud für seine wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Leistungen zuteil wird, dokumentieren zahlreiche Ehrendoktorwürden europäischer Universitäten, eine große Anzahl von Wissenschaftspreisen sowie die Verleihung nationaler und internationaler Auszeichnungen (Légion d'Honneur, Ordre du Mérite, Palmes Académiques, Bundesverdienstkreuz etc.). Internationales Ansehen gewann Malinvaud durch zahlreiche herausragende Veröffentlichungen über Ökonometrie, Planung des Angebotes öffentlicher Güter, mikroökonomische Theorie sowie über Unterbeschäftigung bei nach unten starren Löhnen und Preisen.

Malinvaud zählt damit zu den wenigen weltweit anerkannten Nationalökonomern, die sich neben ihrem wissenschaftlichen Wirken von hohem Range der Umsetzung in die praktische Politik widmen und damit zur Lösung drängender ökonomischer Probleme beitragen. Der Preis wird am 17. November 1995 im Rahmen einer akademischen Feier auf der Kaiserburg zu Nürnberg verliehen. Die Laudatio wird Wilhelm Krelle halten.

K.-D. Gröske, Universität Erlangen-Nürnberg